



v.l.n.r.: Marcus Vomsattel, Bruno Reutlinger, Peter Thommen, Daniel Gotsch, Michel Schwarz, Martin Kurmann, Norbert F.Salcher und Cristina Cireddu (weitere sh.Liste!)

Auch wenn wir meist keine eigenen Kinder haben, machen wir uns Gedanken und Sorgen um die Umwelt für die nächsten Generationen!

Wir müssen wegkommen von der Meinung, die 'anderen' sollen etwas unternehmen. Umweltschutz fängt bei uns selbst an.

- weniger Abfall (schon beim Einkaufen!)
- Recycling von Materialien (Papier, Glas Aluminium, Batterien, Chemikalien, etc)
- sparsamer Verbrauch (z.B. Wasser)
- Kombiniertes Gebrauch von Verkehrsmitteln (Zug, Tram, Auto, Velo)

Die von uns gewählten und bestellten staatlichen Organe können sehr viel mehr

tun wie 'Private', denen die Motivation oft fehlt!

- Förderung/Ausbau des öffentl. Verkehrs
- Aktualisierung von Kontrollen/Richtwerten (Das Prinzip der Selbstkontrolle und -verantwortung hat zu oft versagt)
- Einschränkung von giftigen Produkten im Haushalt (weniger Nachfrage = weniger Produktion)
- Schutz von unverbauten Gebieten
- Information der Bevölkerung
- Einrichtung von Umweltschutzberatungen
- Anerkennung des Taxis als öffentliches Verkehrsmittel für die Feinverteilung in der Stadt
- Förderung von preisgünstigen und mehrzimmrigen Wohnungen.

Homosexualität und AIDS sind nicht gleichzusetzen!

Als Kandidaten für den Grossen Rat sind wir auch politisch mit dieser Krankheit konfrontiert. Mehrfach betroffen in unserem Bekanntenkreis, kämpfen wir gegen die weitere Ausbreitung, auch unter den Heterosexuellen. Wir bringen gerne unsere Erfahrungen ein. (Wir verweisen auf die beispielhafte Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Gesundheitswesen und Schwulenorganisationen, sowie zwischen Kantonsparlament und AIDS-Hilfe beider Basel)

Wir treten ein für weitere und umfassendere Unterstützung von Forschung und Prävention durch spezifische Hilfsorganisationen.

Wir wollen 'wach' bleiben gegen beginnende Diskriminierungen (z.B. HIV-Infizierte) und dagegen auch im Parlament einstehen!

Homosexuelle und Lesben sollen fürderhin die soziale Arbeit mit ihren Artgenossen und auch mit den Heterosexuellen nicht mehr alleine leisten und aus ausschliesslich eigenen Mitteln bezahlen müssen!

Spenden auf PC 40-67761-9
P.Thommen, Basel

Adresse: H L B Rheingasse 69
4058 Basel

Telefon: 33 31 32 ab 13 Uhr (tgl.)

Homosexuelle Liste Basel

WO DIE GANZEN
HETEROS HERKOMMEN,
DAS WAR MIR
SCHON IMMER
SCHLEIERHAFT...



**selbstbewusst
selbstbestimmt
selbstverständlich**

22

Kleinbasel

"Lieb Vaterland, magst ruhig sein!"

Obwohl unsere Verfassung uns das Recht auf Gleichwertigkeit zusichert, ist die Durchführung dieses Grundsatzes in der Praxis nicht gewährleistet.

Wenn wir uns im Alltag offen zu unserer Homosexualität bekennen, kann uns gerade die 'freie Meinungsäusserung' zum Verhängnis werden.

Nicht mehr zugesichert wird uns dann:

- das Recht auf Wohnung
- die freie Wahl des Arbeitsplatzes
- die freie Partnerwahl
- das Recht auf gemeinsamen Besitz und Erbe innerhalb einer homosexuellen Lebensgemeinschaft

Ausserdem:

- homosexuelle Lehrkräfte werden noch heute als unfähig erachtet, Kinder zu erziehen
- eine heterosexuelle Partnerschaft ist für einen wirtschaftlichen Aufstieg 'beförderlicher'.
- hohe militärische Ränge sind für offen gleichgeschlechtlich Empfindende unerreichbar
- und auch in der Politik wird homosexuelle Lebenseinstellung als Sicherheitsrisiko eingestuft.

Wir werden auch nicht als einzige in den Grundrechten benachteiligt!

Frauen, Ungebundene, Jugendliche, Rentner, Behinderte, usw. sind auch davon betroffen.

Wir sind vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft und verlangen gleiche Rechte für alle.

Homosexuelle Männer und Frauen leben zu einem grossen Teil unverheiratet, einzeln oder dann in Wohn- oder Lebensgemeinschaften zusammen.

Wir erheben Anspruch auf

- steuerliche Abzüge für den gemeinsamen Haushalt Unverheirateter
- gemeinsamen Wohnsitz als Mieter
- Entschädigung für die Arbeit in der gemeinsamen Wirtschafts-, Wohn-, oder Lebensgemeinschaft (z.B. Zahlung von AHV-Beiträgen z.G. des Partners)
- Pflegeaufwandsentschädigungen für die pflegenden Partner
- Bevorzugung im Erbrecht gemäss den Wünschen des Erb-Lassers
- das Erziehen eigener oder fremder Kinder
- das Adoptieren von Kindern/Jugendlichen

Wir fordern

- die Hilfe staatlicher Organe bei der Aufklärung über Homosexualität in der Sexualerziehung der Schule
- die Information gesellschaftlicher Gruppen zwecks Bekämpfung von Sexismus, Belästigungen, Diskriminierungen (z.B. Arbeitgeber, Hausbesitzer, Eltern, Nachbarn, Mitglieder anderer Kultur- und Religionsgruppen/Ausländer)

Wir fordern von der staatlichen Verwaltung

- zu verhindern, dass homosexuelle Angestellte in allen Bereichen diskriminiert werden.
- In der Personalpolitik darf 'Homosexualität' keine negative Rolle mehr spielen.

